

## **DPG-Rundbrief – Mai II 2020**

Liebe DPG-Mitglieder,  
liebe Leserin, lieber Leser,

### **Offener Brief der DPG an den Bundesminister des Auswärtigen**

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,

Israels neue Regierung will in Übereinstimmung mit dem ohne Verhandlungen durchgesetzten Nahost-Plan des US-Präsident Donald Trump völkerrechtswidrig und illegal errichtete jüdische Siedlungen und das wirtschaftlich und strategisch wichtige Jordan-Tal im Westjordanland annektieren. Diese Annexionspläne stellen eine eklatante Verletzung bilateraler Vereinbarungen und internationalen Rechts dar.

Mit Erleichterung und großer Erwartung haben wir zunächst großes Vertrauen in die vor angekündigte mögliche gemeinsame Ablehnungshaltung der EU-Außenminister gesetzt. Mit Enttäuschung und Verärgerung nehmen wir wahr, dass Österreich und Ungarn das israelische Vorhaben ohne Warnung oder Protest akzeptieren werden und somit eine europäische Haltung torpedieren.

Die DPG erkennt, wie wir immer wieder betont haben, das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel an, ist jedoch der Auffassung, dass die israelisch-amerikanischen Annexionspläne nicht akzeptabel sind und mit allen Mitteln verhindert werden müssen. Dieses Unrecht, das vorsätzliche Brechen des Völkerrechts und eine Machtpolitik der Stärke dürfen nicht hingenommen werden.

Ähnliche gelagerte Maßnahmen anderer Staaten werden und würden mit Sanktionen und härteren Maßnahmen belegt. Jegliche andere Haltung verstärkt die Annahme der stillschweigenden Duldung und befeuert den Vorwurf der Politik der Willkür und der Doppelmoral.

Die DPG fordert die Bundesregierung deshalb auf, sich gegen das Unrecht und für die Einhaltung des Völkerrechts einzusetzen und in diesem aktuellen Fall die israelischen Maßnahmen nicht nur zu verurteilen, sondern zu sanktionieren.

Für eine zeitnahe Rückmeldung sind wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Nazih Musharbash

Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.  
23.05.2020

### **Wegen Auschwitz? Die Israelisierung der deutschen Politik von Judith Bernstein**

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister Maas,

Sie sind wegen Auschwitz in die Politik gegangen. Ich bin durch Auschwitz, wo meine Großeltern ermordet wurden, politisiert worden. Deshalb befürworten wir beide die „besonderen Beziehungen“ zu Israel. Allerdings verstehen wir darunter etwas anderes. Die Debatte darüber gehört zu einer pluralen Gesellschaft. Doch während ich mich als Bürgerin dieses Landes äußere, stehen Sie in der politischen Verantwortung. Wir füllen also unterschiedliche Rollen aus. So bedrückt es mich, dass israelische Journalisten und Mitarbeiter des Nachrichtendienstes und des Außenministeriums propagandistisch in der Bundesrepublik tätig sind. Es bedrückt mich, dass sie unseren Bundespräsidenten, unsere

Kanzlerin, unseren UN-Botschafter beschimpfen. Es bedrückt mich, wenn sie von der Regierung finanziell unterstützt werden.

Es dürfte Ihnen nicht verborgen geblieben sein, dass alles, wofür wir in der Demokratie stehen – Einhaltung der Menschenrechte, Rechte der Minderheiten und Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz – in Israel unter die Räder geraten ist. Und doch vernehme ich von Ihnen nur den einen Satz: „Wir sind besorgt.“

Auch wenn Teile der Westbank annektiert werden und damit die Zwei-Staaten-Lösung, für die mein Ehemann jahrelang im Rahmen der „Genfer Initiative“ in Berlin antichambriert hat, endgültig überholt ist, wird die Bundesregierung von Taten absehen. Wegen Auschwitz? Die Aufrufe israelischer Intellektueller, Autoren und Wissenschaftler, die aus Liebe zu ihrem Land und aus Angst um die Zukunft ihres Staates ihre Stimme für Frieden und Gerechtigkeit erheben, werden von der Bundesregierung beiseitegeschoben. Wegen Auschwitz?

Täglich werden antisemitische Anschläge in Deutschland begangen – ihre Täter und Hintermänner müssen bestraft werden. Hier brauche ich keinen Nachholunterricht. Interessant ist jedoch, dass ich als Gegnerin der israelischen Siedlungspolitik von bestimmter Seite als „selbsthassende Jüdin“ beschimpft werde. In Ihrem Haus sollte überlegt werden, welchen Zusammenhang es zwischen den antijüdischen Ressentiments und der Politik Benjamin Netanjahus gibt. Warum gibt es trotz der fast täglichen Angriffe auf Muslime keinen Bundesbeauftragten gegen Islamophobie?

Die Bundesregierung hat enorme Zuwendungen für den Aufbau in den palästinensischen Gebieten eingebracht. Deutsche Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen leisten hervorragende Arbeit vor Ort. Städtepartnerschaften sorgen für zwischenmenschliche Begegnungen. Dennoch kann dieses Engagement kein Ersatz für eine Auseinandersetzung der Bundesregierung mit der israelischen Politik sein. Mit einem Leben in Würde und Unabhängigkeit könnten die Palästinenser für ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder sorgen.

Nach allen Erfahrungen wird die rechtspolitische Gleichstellung Israels mit den anderen Staaten in dieser Welt, die sich von der Klientelpolitik verabschieden, keine ins Gewicht fallenden Störungen in den bilateralen Beziehungen auslösen. Der Regierung in Jerusalem ist wohl bewusst, dass ihr Staat auf allen Ebenen vom Ausland abhängig ist. Müssen also die Palästinenser dafür bestraft werden, dass sie in einem Territorium leben, auf das das andere Volk, das seine größte Katastrophe erlebt hat, biblische Ansprüche erhebt? Wegen Auschwitz? Der Holocaust darf nicht für die Hinnahme von Menschenrechtsverletzungen herhalten. Manche jüdischen Opfer würden sich im Grab umdrehen – wenn sie denn eins hätten! – wenn sie wüssten, was in ihrem Namen geschieht.

Wir erleben gerade jetzt, in unserer Bewegungsfreiheit wegen der Corona-Pandemie eingesperrt zu werden. Gegen diese Erfahrung muss die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen seit 2006 ankämpfen.

Wer bei uns BDS-Kampagnen unterstützt, muss damit rechnen, als Antisemit abgestempelt zu werden sowie seine bürgerliche und berufliche Zukunft zu verlieren. Ich darf öffentlich nicht über meine Geburtsstadt Jerusalem berichten – wegen Auschwitz? Es scheint bequem zu sein, dass sich die Politik in Stadt und Land im Kampf gegen BDS versammelt, um den bitteren Wahrheiten in Israel aus dem Weg zu gehen.

Ich bin dankbar dafür, in einem freien Land zu leben. Aber der Bundesregierung kann ich nicht dankbar sein, weil ich die doppelten Maßstäbe spüre – wegen Auschwitz.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Judith Bernstein

## Bekannte Narben – Ein Kommentar von Reiner Bernstein

Die Älteren unter uns mögen sich daran erinnern, dass bis in die frühen 1970er Jahre unter links stehenden Deutschen die Forderung diskutiert wurde, Israel möge sich in den Nahen Osten integrieren, statt sich mit dem Image eines westlichen Vorpostens zu drapieren. Die Folien boten die jüdischen Einwanderer aus den arabischen und muslimischen Ländern und die erwünschte Einbindung in den Kreis der von Josip Broz Tito und Achmed Sukarno geführten politisch nicht-gebundenen Staaten, um Israel aus dem Ost-West-Konflikt herauszunehmen und die umfassende Abhängigkeit von den USA umzukehren.

Geblichen sind die Bindungen zu Washington und haben die Frage nach dem Hund und seinem Schwanz aufgeworfen: Wer sitzt am längeren Hebel? Im Statistischen Jahrbuch ist die Balance zwischen Ein- und Auswanderung vermerkt. Die Einwanderung aus dem Orient ist versiegt, und der Zuzug aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gibt nichts mehr her. Kamen 2013/2014 noch 10.500 französische Juden nach Israel, um antisemitischen Vorfällen und Stimmungen zu entgehen, ist dieses Potential ausgeschöpft. Zudem hat die Ultraorthodoxie in Israel einen DNA-Test für die „Jüdischkeit“ von Neuankömmlingen durchgesetzt...

Größere Sorgen als solche Albernheiten bereitet der „brain drain“ – die wachsende Zahl von Wissenschaftlern, Intellektuellen, Literaten und Künstlern, die „im Exil“ in Europa und in den USA für sich eine neue Zukunft suchen. Zu ihnen gehören

- die Professorin Ariella Azoulay, eine interdisziplinär arbeitende Künstlerin, und ihr Mann Adi Ophir, Philosoph an der Universität Tel Aviv („Wenn ich über Politik geredet habe, wurde ich wie ein Ufo angeschaut. Aber wenn ich heute in den USA herumreise, fühle ich mich wie ein Fremder“),
- Gila Svirsky, welche die „Koalition von Frauen für den Frieden“ aufbaute,
- Dana Golan, ehemalige Leiterin von „Breaking the Silence“, die im Mai 2017 in der FAZ erklärte, warum sie das Schweigen breche,
- Anat Biletzki, frühere Chefin von „B'tselem“ (Gen. 1,26-27),
- Yig'al Arens, Sohn des früheren Verteidigungs und Außenministers Moshe Arens,
- Neve Gordon, Professor für internationales Recht in Be'ersheva und
- Jonathan Ben-Artzi, ein Neffe Sara Netanjahus.

Schon lange leben der Historiker Ilan Pappé sowie die Filmemacher Eyal Sivan und Udi Aloni, Sohn der Ikone der Bürgerrechtsbewegung Shulamit Aloni, im Ausland. „Ich habe die Hoffnung verloren“, bekannte einer von ihnen. Andere haben die Beschäftigung mit der israelischen Politik aufgegeben: „Ich bin einmal rausgeworfen worden und will das nicht noch einmal erleben. Doch hier werden wir immer Fremde bleiben.“ In Frankreich reden wir von Rassismus, fügte eine dritte Auswanderin hinzu, „doch worüber wir in Israel sprechen müssen, ist von einer anderen Dimension“. Eine palästinensische Staatsbürgerin bekannte: „Hier in Berlin habe ich Zugang zur arabischen Welt, zu Syrern, Ägyptern und Libanesen.“

Dem heutigen Auftakt des Verfahrens „Der Staat Israel vs. Benjamin Netanjahu“ wegen Betrugs, Bestechlichkeit und Untreue vor dem in Ost-Jerusalem ansässigen Bezirksgericht mit 333 erwarteten Zeugen werden mehrere Instanzen folgen. „Wir haben die Nase voll von dir!“ riefen Demonstranten erbost. 1977 reichte ein kleines Bankkonto Leah Rabins in den USA aus, um ihren Ehemann als Regierungschef zum Rücktritt zu zwingen. Ihm folgte Menachem Begin, dessen Lebenselixier „Judäa und Samaria“ und Ost-Jerusalem waren. Israels Rechtsstaatskultur ist im arabischen Nahen Osten angekommen.

Auszug aus dem in Vorbereitung befindlichen Buch „Ist Gott Zionist? Religion und Rechtsstaat in Israel – ein philosophisch-politisches Traktat“.